

## Kuriose Debatte

### Starnberger Stadtrat lehnt Bürgerbegehren zum Seetunnel ab

Von ANDREA JAKSCH

Starnberg \* Das Bürgerbegehren für das Seetunnelprojekt 2008 des Architekten Alexander Waither ist vom Stadtrat nicht zugelassen worden. Die Entscheidung fiel trotz heftiger Diskussion am Ende überraschend deutlich aus: mit 209 Stimmen. Das Seetunnelprojekt, so die offizielle Begründung des ablehnenden Beschlusses, fordere, dass die Stadt gegenüber der Bahn vertragsbrüchig hinsichtlich der bisherigen Planung am Bahnhof See werde.

Der Entscheidung war eine kuriose Debatte vorausgegangen: Nachdem der Bayerische Gemeindegtag in seiner Stellungnahme zwar eher dazu tendierte, das Begehren als unzulässig zu beurteilen, die Zulässigkeit aber nicht eindeutig ausschloss und das Landratsamt Starnberg sich für eine "wohlwollende Auslegung" ausgesprochen hatte, deutete anfangs alles darauf hin, dass am 28. Juli der Bürgerentscheid stattfinden würde. Schon die Beschlussvorlage hatte Bürgermeister Ferdinand Pfaffinger (BLS) positiv formulieren lassen - obwohl heute alles möglichst ist, so der neue Rathauschef.

Trotzdem schlossen sich in der ersten Gesprächsrunde alle dem Vorschlag der Verwaltung an. Unisono waren sie sich auch einig (außer der FDP), gleichzeitig ein Ratsbegehren entgegen zu setzen, um dem Bürger eine Alternative zum Seetunnelprojekt anzubieten.

Eine „große Chance, künftig den Rückhalt der Bürger zu bekommen“, sah Jürgen Busse (UWG) in der Durchführung des Bürgerentscheids. Bei einer Ablehnung befürchtete er, werde die Stadt mit den Initiatoren des Bürgerbegehrens in einen Rechtsstreit verwickelt. Außerdem sagt der Bürger dann, wir würgen schon wieder eines ab“, so Busse. „Wir müssen den Weg gehen“, stand auch für den CSU-Fraktions Sprecher und frisch gewählten Vizebürgermeister Ludwig Jägerhuber fest, ebenso für Barbara Frey, die ein flammendes Plädoyer für das Ratsbegehren hielt. Waiter Jann (BLS) rang sich



Das Bürgerbegehren für den Seetunnel wie auf der Skizze dargestellt - ist nicht zulässig. Laut Bürgermeister Pfaffinger wird es aber im Rahmen von Runden Tischen ebenso wie die anderen Verkehrslösungen diskutiert.  
aj/Foto: Jaksch

durch, mit „großem Bauchgrimmen“ zuzustimmen. Denn bei einem positiven Ausgang des Entscheids „stehen wir vor dem Bankrott der Verkehrspolitik“, so der BLS-Fraktions Sprecher.

Dagegen freute sich Benedikt Struppler (SPD) schon auf die Auseinandersetzung um das Pro und Contra des Seetunnels. Sein Fraktionskollege Reinhard Dirr (SPD) erinnerte seine Ratskollegen an die im Wahlkampf abgegebenen Versprechen: „Wir können nicht anders, als das Begehren für zulässig zu erklären.“

„Ich fühle mich verpflichtet, den Ratsfrieden zu stören“, griff schließlich Otto Gassner (UWG) in die Diskussion ein. Weder wollte er die „Wischwaschi“-Stellungnahme des Landratsamtes gelten lassen noch könne er „als Jurist und als Stadtrat das Begehren für zulässig halten“. Das Seetunnelprojekt werde die Finanzkraft Starnbergs weit übersteigen und sei nicht vereinbar mit der „Vertragspflicht“ der Stadt gegenüber der Bahn. „Wir sind zur Kooperation und Förderung des Vertrags von 1987 verpflichtet“, lieferte sich Gassner an-

schließend eine juristischen Schlagabtausch“ mit dem Anwalt der Gegenseite, dem Seetunnel-Befürworter Hans-Peter Tauche (FDP). Dieser hielt die Verträge der Bahn für durchaus „anpassungsfähig“: „Das Bürgerbegehren enthält keine Aufforderung zum Vertragsbruch“, so Tauche. Nach fortgesetztem „Privat-Kampf“ zwischen Gassner und Tauche hatte Franz Grenzbach (CSU) schließlich genug von dem „juristischem Geplänkel“-er versuchte noch einmal das Ruder in Richtung Zulässigkeit des Begehrens herum zu reißen: „Wir werden wohl noch fähig sein, ein Ratsbegehrend entgegen zu setzen“, verwies Grenzbach auf den „mündigen Bürger“, der sehr wohl zwischen Seetunnel und Alternativen entscheiden könne.

Es nützte alles nichts: Nachdem Gassner das Wort ergriffen hatte, kippte einer nach dem anderen der Stadtratsmitglieder um. Für die Zulässigkeit stimmten schließlich nur noch Bürgermeister Pfaffinger, Franz Grenzbach (CSU), Friedrich Urban von den Grünen sowie und SPD-Fraktion.